

# Bauer sucht Entschädigung

Viele Landwirte in Deutschland führen ihre Parkinsonerkrankung auf Pestizide zurück. Doch ausgerechnet der Bauernverband will verhindern, dass die Mitglieder der Unfallversicherung für sie bezahlen. Er fürchtet höhere Beiträge – aber wohl auch um das Image von Ackergiften

Aus Dannenberg (Elbe) **Jost Maurin**

Klaus Behrens\* fallen beim Essen immer wieder Nudeln von der Gabel. Seine Bewegungen sind steif und ungenau, der Anfang 70-jährige sitzt im Rollstuhl, immer etwas gebückt. Er schafft es nicht zu grinsen. Die Bewegungsstörungen liegen daran, dass in seinem Gehirn Nervenzellen abgestorben sind, die den Botenstoff Dopamin produzieren.

Behrens hat das Parkinsonsyndrom und ist dement. Er lebt in einem Pflegeheim im niedersächsischen Dannenberg. An seinem Rollstuhl hängt eine Schirmmütze mit dem Logo des Chemiekonzerns Bayer. Die hat Behrens noch aus der Zeit, als er ein treuer Kunde des Unternehmens war. Er war Landwirt und hat jahrzehntelang auf seinem Hof Pestizide unter anderem von Bayer gespritzt.

Wie bei Tausenden anderen Bauern in Deutschland wird vermutet, dass Spritzmittel Behrens' Parkinsonerkrankung verursacht haben. Seine Frau Anneliese\* kämpft deshalb darum, dass die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft sein Parkinson als Berufskrankheit anerkennt. Dann könnte er großzügigere Leistungen als von der Kranken- oder Pflegekasse bekommen, zum Beispiel höhere Zuschüsse für das Altenheim. Der zuständige Ärzteausschuss des Bundesarbeitsministeriums hat empfohlen, das „Parkinsonsyndrom durch Pestizide“ in die amtliche Liste der Berufskrankheiten aufzunehmen. Seitdem können Parkinsonpatienten als Betroffene anerkannt werden – zumindest in der Theorie. Aber die Behrens haben einen mächtigen Gegner: den Deutschen Bauernverband.

Seine Lobbyisten haben ein Problem damit, dass die ungefähr 8.000 Parkinsonpatienten in der gesetzlichen Krankenkasse der Landwirte Leistungen von der Berufsgenossenschaft bekommen sollen. Denn dann würden die Beiträge dauerhaft steigen, die die Bauern zahlen müssen. Die Agrarlobbyisten müssten dann auch Umweltschützern und anderen recht geben, die schon immer vor den gesundheitlichen Risiken von Pestiziden gewarnt haben.

Anneliese Behrens – Ende 70, grauweiße Haare – sitzt nun im Zimmer ihres Manns im Pflegeheim. An den Wänden hängen Erinnerungsstücke aus besseren Tagen. Zum Beispiel die Auszeichnung, die Klaus Behrens für eine Kuh bekommen hat, die 100.000 Liter Milch gab. „Auf die war er immer sehr stolz“, sagt Anneliese Behrens. Auf einem Foto sitzt ihr Mann auf einem Oldtimertraktor, den er sich zu seinem 60. Geburtstag gekauft hatte. „Früher war er alles: Bürgermeister, Vorstandschef der Molkerei, Schützenvereinsvorsitzender. Jetzt ist er nichts. Das ist alles traurig“, sagt Behrens mit Tränen in den Augen.

Die Behrens waren typische konventionelle Bauern, seit sie den Hof in den 1970er Jahren von seinen Eltern übernahmen. Sie wollten die „Leistung“ der Kühe steigern, sie nutzten auch die Pestizide. Auf biologische Landwirtschaft umstellen sei schon deshalb nicht gegangen, weil ihr Mann CDU-Bürgermeister war, „konservativ bis in die Fußspitzen“, sagt Anneliese Behrens. Als Biobauer hätte er sich „als Grüner outen müssen“.

Hatten sie auch mal Zweifel, ob das mit den Pestiziden wirklich gesundheitlich unbedenklich war? „Die Gedanken hatte man gar nicht“, antwortet Anneliese Behrens. „Wir haben die Mittel eingesetzt, die haben geholfen und gut war. Der Schaden, der dadurch entstanden ist, der ist uns später erst bewusst geworden.“ Die Zweifel seien meistens nur „von außen“ gekommen, von Umweltschützern zum Beispiel. „Da hat man gesagt: Ach, die Spinner oder so. Das wurde ein bisschen schlecht gemacht. Bis man dann gemerkt hat: So schlecht war das doch nicht.“

Schon in den 1980er Jahren wurde ein Unkrautvernichtungsmittel mit dem Parkinsonsyndrom in Verbindung gebracht. Frankreich erkannte Parkinson durch Pestizide 2012 als Berufskrankheit an. Für Deutschland empfahl das im September 2023 der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten beim Bundesarbeits-

ministerium. Seine zwölf Mitglieder – überwiegend Arbeitsmedizinprofessoren – haben alle wichtigen Studien zum Thema ausgewertet.

Die Wissenschaftler führten in ihrer Empfehlung mehrere Experimente an, bei denen Mäusen oder Ratten Pestizide verabreicht wurden. Das habe die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Tiere parkinsonähnliche Symptome und Veränderungen im Gehirn entwickelten, so das Gutachten. Bei Versuchen im Reagenzglas hätten Pestizide Zellschäden verursacht, die mit Parkinson in Verbindung gebracht werden. Zahlreiche epidemiologische Studien hätten zudem gezeigt, dass Menschen, die Pestiziden ausgesetzt sind, ein höheres Risiko haben, an Parkinson zu erkranken.

„Parkinson wird durch hohe Pestizidexpositionen verursacht“, folgern die Arbeitsmediziner. Damit Betroffene als solche anerkannt werden, müsse nachgewiesen werden, dass sie grundsätzlich an 100 Arbeitstagen jeweils Pestizide gegen Unkräuter, Insekten oder Pilze angewendet haben. Die Zahl leiten die Experten aus Untersuchungen dazu ab, wie viele Pestizidkontakte das Risiko für bestimmte Beschäftigte in der Landwirtschaft bedeutend erhöht haben. In manchen sehr aussagekräftigen Studien sei das Risiko sogar doppelt so hoch gewesen, wenn die untersuchten Personen den Chemikalien ausgesetzt waren.

Dabei geht es immer um die Anwender von Pestiziden, nicht um Verbraucher, die die Mittel über die Nahrung zu sich nehmen. „In der Europäischen Union sind da die Mengen zu niedrig, um Parkinson auszulösen“, sagt Peter Clausing. Er ist Toxikologe des Pestizid Aktions-Netzwerks, einer Umweltorganisation, die sehr kritisch gegenüber der Chemieindustrie ist.

## Mehr als 160 Posten stehen auf der Liste

Ein Pfleger schiebt Klaus Behrens auf seinem Rollstuhl in das Zimmer. Seine Frau reicht ihm eine Schnabeltasse. Kurze Gespräche kann er noch führen: Er erzählt, dass er „richtig als Betriebsleiter und Eigentümer“ in der Landwirtschaft tätig war, dass er Milchvieh hatte, „in guten Zeiten“ so 60, 70 Kühe. Aber auf die Frage, ob er auch mit Pestiziden gearbeitet habe, gibt er die sinnlose Antwort: „Nein, junger Mann. Boxenlaufstall und alles.“ Neuer Versuch: Wissen Sie noch, mit welchen Pflanzenschutzmitteln Sie gearbeitet haben? „Nein, weiß ich nicht mehr.“ Klaus Behrens kann nicht mehr sagen, ob er an 100 Tagen Insektizide, Herbizide oder Fungizide angewendet hat. Aber genau diese Daten verlangt die Berufsgenossenschaft nun, um zu prüfen, ob er höhere Leistungen bekommen kann.

Sie hat den Behrens eine Tabelle geschickt, die sie ausfüllen sollen. Die Berufsgenossenschaft will wissen, in welchen Jahren an wie vielen Tagen Klaus Behrens welche Pflanzen mit welcher Pestizidart behandelt hat und wie die Mittel hießen. „Ich kann diese Tabelle einfach nicht ausfüllen“, sagt Anneliese Behrens. „Selbst wenn mein Mann noch klar denken könnte, der wüsste doch auch nicht mehr, was er 1985 auf welche Kartoffel gespritzt hat.“ Sie sei nicht dabei gewesen. Und sie hätten auch nicht dokumentiert, was sie spritzten: „Wir mit Milchvieh, wir hatten so viel Arbeit. Da hat sich keiner abends hingewetzt, das aufzuschreiben“, sagt Behrens.

Die EU und der Bund verpflichten Bauern erst seit 2008 zu dokumentieren, welche Pestizide sie in ihrem Betrieb eingesetzt haben. Die Unterlagen müssten sie nur drei Jahre aufheben, berichtet die Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Mehr „Bürokratie“ wollte die Politik den Bauern nicht zumuten. Aber für manche Landwirte geht das jetzt nach hinten los, weil Parkinson in der Regel erst viel später ausbricht.

Anneliese Behrens hat sich deshalb von ihrem Pestizidhändler eine zwölf DIN-A4-Seiten lange Liste geben lassen über die Mittel, die ihr Mann in mehr als zehn Jahren gekauft hat. Es sind zig Chemikalien wie Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat des inzwischen von Bayer gekauften US-Konzerns Monsanto. Mehr als 160 Posten stehen auf

der Liste. „Die haben wir doch nicht gekauft und in den Stubenschrank gestellt“, sagt Behrens. Aber der Berufsgenossenschaft reicht das nicht. Sie forderte Behrens in einem der taz vorliegenden Brief auf, die Tabelle über die Spritzeinsätze auszufüllen. „Wie soll ich das machen? Mein Mann ist dement. Ich habe das nicht mitgekriegt“, sagt Anneliese Behrens. „Ich kann mir jetzt nicht irgendwelche Zahlen aus den Fingern saugen.“

Die fehlenden Nachweise sind ein Grund dafür, dass die Berufsgenossenschaft bis Anfang April keinen einzigen Parkinsonfall als Berufskrankheit anerkannt hat, wie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau der taz mitgeteilt hat. Knapp 5.200 Fälle hat die Versicherung nach eigenen Angaben bereits abgelehnt. Rund 3.000 prüft sie noch.

„Ich bin fast davon überzeugt, dass ich damit scheitere“, sagt Anneliese Behrens. Es sei sehr mühselig gewesen, die Unterlagen für die Versicherung auszufüllen. Aber sie glaubt: „Die wollen das canceln.“

Die Vermutung liegt nahe, weil die Berufsgenossenschaft ein finanzielles Interesse daran hätte. Sie rechnet damit, dass jeder anerkannte Fall sie im Schnitt 27.600 Euro kosten wird – pro Jahr. Um das zu schultern, musste die Versicherung 2024 nach eigenen Angaben insgesamt 100 Millionen Euro mehr an Beiträgen von ihren Mitgliedern einnehmen, vor allem von den landwirtschaftlichen Betrieben. Das trug dazu bei, dass der durchschnittliche Betrieb 114 Euro oder 17 Prozent

mehr an Jahresbeitrag zahlen musste als 2023 – das Gros der Kostensteigerung war wegen Parkinson.

Genau deshalb lobbyiert der Deutsche Bauernverband dafür, dass Parkinson nicht als Berufskrankheit anerkannt wird. In seinen „Kernanliegen“ an die Parteien zur Bundestagswahl 2025 warnte er vor den „Folgekosten politischer und nicht fachlich begründbarer Entscheidungen (wie im Fall der Einordnung ‚Parkinson durch Pestizide‘ als Berufskrankheit)“. Für den Fall, dass es bei der Anerkennung bleibt, verlangt der Verband von der Bundesregierung, die Kosten zu bezahlen.

Mit Namen zitierten lassen will sich bei der einflussreichen Lobbyorganisation auf taz-Anfrage niemand zu dem Thema. Aber ein Verbandssprecher fordert, es müssten „Zweifel hinsichtlich Kausalität und Dosismaß ausgeräumt werden“. Dabei beruft er sich vor allem auf das Bundesinstitut für Risiko-

**Behrens kann nicht mehr sagen, ob er an 100 Tagen Insektizide, Herbizide oder Fungizide angewendet hat. Aber diese Daten verlangt die Berufsgenossenschaft nun**

bewertung. Diese Behörde prüft regelmäßig, ob Pestizide gesundheitsschädlich sind, wenn sie zugelassen werden sollen. Sie hat im November 2023 erneut festgestellt: Nur bei den Wirkstoffen Rotenon und Paraquat sei belegt, dass sie Parkinson auslösen können. Und sehr praktisch für den Bauernverband, die Chemieindustrie und die Behörden: Beide sind in der EU seit 2007 beziehungsweise 2008 nicht mehr zugelassen.

Der Bauernverband argumentiert außerdem, dass es in der Landwirtschaft prozentual nicht mehr Parkinsonerkrankungen gebe als in der übrigen Gesellschaft. Auch die Landwirtschaftliche Krankenkasse hat mal behauptet, ihre Versicherten hätten nicht mehr Parkinson als die anderer Krankenkassen.

Mit dieser Behauptung greift der Bauernverband auch Monika Rieger an, die federführend an der Empfehlung des Ärzteausschusses beteiligt war, „Parkinson durch Pestizide“ als Berufskrankheit anzuerkennen. Sie ist Professorin für Arbeits- und Sozialmedizin an der Universität Tübingen und stellvertretende Vorsitzende des Ärzteausschusses. Rieger sagt, die Parkinsonzahlen der Landwirtschaftlichen Krankenkasse seien nicht so aussagekräftig wie epidemiologische Studien. „Wir wissen bei den Krankenversicherungsdaten zum Beispiel nicht, was die Leute genau gearbeitet haben“, erklärt sie. In der Agrarkasse seien auch Menschen versichert, die nicht mit Pestiziden arbeiten. Zum Beispiel Biobauern oder Bürokräfte. Auf der anderen Seite



g



Mit offener Kabine beim Spritzeinsatz: Auch heute schützen sich nicht alle Bauern vor dem Kontakt mit Pestiziden  
Foto: Markus Hanke/visum

fehlten manche Menschen, die tatsächlich mit den Mitteln in Berührung kommen. Viele Saisonkräfte aus Osteuropa etwa seien oft in ihren Heimatländern oder bei anderen Kassen in Deutschland versichert.

„Es ist schon so, dass es insbesondere für Paraquat und Rotenon alles von allem gibt: vom Tierversuch bis zum epidemiologischen Befund“, sagt Rieger. „Aber wir haben eine Fülle von anderen Studien – sowohl Tierversuche als auch epidemiologische Studien am Menschen –, die zeigen: Es ist nicht nur Rotenon und Paraquat. Und wir haben auch deutlich höherwertige Studien zu anderen Pestiziden.“

### Etappensieg für den Bauernverband

Viele, auch bis heute eingesetzte Pestizide würden ähnlich wirken: „Sie setzen zum Beispiel am Atmungssystem der Zelle an und verursachen oxidativen Stress. Dabei schädigen aggressive Moleküle Nervenzellen“, erläutert Rieger. Deshalb hält sie es für „biochemisch plausibel“, dass auch heute eingesetzte Pestizide Parkinson auslösten.

Warum kommt das Bundesinstitut für Risikobewertung dennoch zu einem ganz anderen Ergebnis? Ein Grund könnte sein, dass die Behörde im Gegensatz zu Riegers Ausschuss mehrere wichtige Überblicksstudien zu dem Thema nicht zitiert hat. Außerdem ist das Bundesinstitut dem Agrarministerium unterstellt, in dem die ökonomischen Interessen der Landwirtschaft besonders stark vertreten sind. Und:

Wenn das Institut anerkennen würde, dass Parkinson durch eine ganze Reihe von Pestiziden verursacht wird, müsste es möglicherweise selbst Fehler einräumen. Denn es könnten auch Stoffe dabei sein, denen es attestiert hat, unbedenklich zu sein.

Dazu von der taz befragt, antwortet das Bundesinstitut im Wesentlichen nur, dass es „bei seinen wissenschaftlichen Bewertungen und seiner Forschung weisungsunabhängig“ sei. Es verweist auch auf die „unterschiedlichen Blickwinkel“ der Behörde und des Ärztensausschusses.

Rieger ist schon seit Jahrzehnten als Arbeitsmedizinerin tätig. Aber wie die Parkinsondiskussion in der Landwirtschaft verläuft, ist auch für sie überraschend: „Das erlebe ich das erste Mal, dass die Gruppe, die geschützt werden soll, sich dagegen wehrt“, sagt die Ärztin. In anderen Branchen ist es so: Die Unfallversicherung hilft meist nur Arbeitnehmern, die Arbeitgeber zahlen die Beiträge. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft dagegen kümmert sich auch um die vielen Selbstständigen auf den Höfen. Hier muss also dieselbe Gruppe bezahlen, die auch die Leistungen bekommen soll. „Das ist für mich ein Erklärungsansatz für den Protest gegen die Anerkennung von ‚Parkinson durch Pestizide‘ als Berufskrankheit“, sagt Rieger. Für Betroffene wie die Behrens, die nicht mehr arbeiten können, ist das bitter: Ihr eigener Verband arbeitet gegen ihre Interessen.

Einen Etappensieg haben die Kritiker um den Bauernverband schon er-

reicht: Eigentlich wollte das Arbeitsministerium im vergangenen Dezember „Parkinson durch Pestizide“ in die Verordnung über Berufskrankheiten aufnehmen lassen. Aber wegen der „Nachfragen“ zu der Empfehlung des Ärztensausschusses hat das Ministerium die Sache auf unbestimmte Zeit verschoben.

Bernd Schmitz sitzt gerade auf seinem Traktor, als die taz ihn anruft. Der Bauer aus dem Bergischen Land ist auch stellvertretender Bundesgeschäftsführer der ökologisch orientierten Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Die Abl ist genauso wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter und der Neuland-Verein für artgerechtere Tierhaltung dafür, die Berufskrankheit anzuerkennen. „Aber die Berufsgenossenschaft muss die Hersteller der Pflanzenschutzmittel oder die Zulassungsbehörden zur Kasse bitten“, fordert Schmitz. Die betroffenen Bauern und Bäuerinnen haben im guten Glauben auf Angaben zur gesundheitlichen Sicherheit der Hersteller und Zulassungsbehörden die Pestizide angewendet. Einen Hinweis auf mögliche Gefahren für eine Parkinsonkrankheit habe es nicht gegeben.

Doch die Berufsgenossenschaft wolle nicht gegen Industrie oder Behörden klagen, schreibt ein Sprecher der Versicherung der taz. Sie hält die Erfolgchancen für zu gering. Denn es müsste „in jedem Einzelfall der Nachweis geführt werden, dass jemand vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat und hierdurch kausal ein Schaden entstanden ist“. Die Berufsgenossenschaft

müsste zudem belegen, welches Mittel bei welchem Patienten Parkinson verursacht hat.

Der Industrieverband Agrar, der Bayer und andere Hersteller vertritt, wendet auch ein: „Keiner kann im Nachgang überprüfen, ob die Mittel immer sachgerecht angewendet worden sind.“ Denn wenn die Bauern sich nicht an die Sicherheitsvorschriften gehalten haben, haben sie wohl zumindest eine Mitschuld.

Anneliese Behrens zieht eine grüne Papierkarte aus der Tasche. „Sachkundenachweis Pflanzenschutz“ und darunter „Klaus Behrens“ steht darauf. Wer Pestizide verwendet, soll mit ihr belegen, dass er berechtigt ist, weil er zum Beispiel die Sicherheitsvorschriften kennt. Das muss er durch einen Test nachweisen. Aber diese Regeln gelten erst seit 2012. Vorher waren die Vorschriften zum Gesundheitsschutz „sehr allgemein gefasst“, wie es die Landwirtschaftskammer Niedersachsen formuliert: Keine konkreten Vorgaben zu „zertifizierter, geeigneter Schutzkleidung“, die Bauern hätten nicht dokumentieren müssen, ob sie die Anforderungen erfüllten, die Behörden hätten „nur im Einzelfall“ kontrolliert.

„Als mein Mann anfang auf dem Hof, war er 21. Da waren die Spritzen noch nicht so gesundheitsgesichert“, erinnert sich Anneliese Behrens. Die Pestizidspritzen waren gröber, viel mehr Gift als heute landete dort, wo es nicht hinsollte. Der Traktor habe auch keine geschlossene Fahrerkabine gehabt, wie sie heute üblich ist. „Und je nachdem, wie der Wind stand, hat man das fröhlich eingeatmet“, erzählt Anneliese Behrens. „Als er vom Spritzen zurückkam, hatte er immer ein puterrotes Gesicht. Ich hatte immer gesagt: Du musst dich waschen. Du hast Spritzmittel oder Dämpfe auf die Haut gekriegt.“

### Das gesamte System sei mangelhaft

Heute, so sagt die Industrie, sei das alles besser. Das stimmt wohl, aber viele Bauern scheinen immer noch nicht genügend geschützt zu sein. Das zeigt eine Studie im Auftrag des Bundesagrarministeriums, für die 2015 rund 1.200 Mitarbeiter landwirtschaftlicher Betriebe befragt wurden. Zwar gaben 80 Prozent an, dass sie einen Traktor mit geschlossener Kabine hätten. Aber 20 Prozent eben nicht. Nur knapp 29 Prozent der Höfe hatten demnach einen Traktor mit einem Aktivkohlefilter in der Kabine, der zuverlässig auch vor Spritzmitteldämpfen schützt. Lediglich 45 Prozent gaben an, dass sie die Auflagen und Vorschriften zum Gesundheitsschutz „in vollem Umfang“ erfüllten. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit beklagt angesichts der offenbar zu niedrigen Verkaufszahlen insbesondere zertifizierter Arbeitskleidung ein „zurückhaltendes Nutzerverhalten“ bei diesem Thema.

Der Industrieverband Agrar argumentiert zudem, dass die Zulassungsbehörden die Pestizide heute viel besser testen würden – auch auf neurologische Wirkungen. „Aber die Hirnregion, die für Parkinson verantwortlich ist, wird in den vorgeschriebenen Tierversuchen gar nicht überprüft“, sagt Toxikologe Peter Clausing. Die zuständige EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit bestätigt das der taz grundsätzlich.

Für Clausing ist das System generell mangelhaft, mit dem geprüft wird, wie giftig ein Pestizid ist. „Die EU hat auch schon mehrmals Mittel zugelassen, die sich Jahre später als gesundheitsschädlich herausgestellt haben und deshalb dann verboten wurden“, kritisiert der Umweltschützer. Das war zum Beispiel beim Insektizid Chlorpyrifos oder beim Herbizid Flufenacet so. Clausing verlangt deshalb, den Einsatz von Pestiziden stark zu senken. Und die Zulassungsverfahren zu reformieren.

Für Bauer Behrens würde all das zu spät kommen. Vielleicht kann ihm irgendwann der Bayer-Konzern helfen: Das Unternehmen arbeitet gerade an einer Zelltherapie, die Parkinsonerkrankungen rückgängig machen soll. Behrens könnte also möglicherweise wieder Kunde des Konzerns werden.

\* Die Namen sind zum Schutz der Privatsphäre geändert.

„

**„Früher war er alles: Bürgermeister, Vorstandschef der Molkerei, Vorsitzender des Schützenvereins. Jetzt ist er nichts. Das ist alles traurig“**

Anneliese Behrens, Ehefrau des an Parkinson erkrankten Bauers